Für Stumpf wird es langsam eng

Zustimmung für Abwahl des Bodenheimer Verbandsbürgermeisters wächst – FDP-Mann Dorbert will Verfahren vorantreiben

Bisher standen die Fraktionen im Bodenheimer VG-Rat mehrheitlich kritisch zu einem Abwahlverfahren gegen VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf (parteilos). Doch die Stimmung scheint sich zu wandeln.

BODENHEIM. Als der Bodenheimer Verbandsbürgermeister Reinhold Stumpf (parteilos) im Zusammenhang mit dem Kassenkreditskandal dem VG-Rat die erwarteten Erklärungen schuldig blieb, stieß es FDP-Ratsmitglied Rudolf Dorbert erstmals an: die bis 2010 laufende Amtszeit des hauptamtlichen Rathauschefs solle durch ein Abwahlverfahren vorzeitig enden. Damals fand er keine Mehrheit. Jetzt versucht es Dorbert erneut. Und: Anders als im September 2006 könnte die Unterstützung der anderen Fraktionen groß genug sein.

„Einmütig fragen sich inzwischen alle Parteien, wie lange wir so weitermachen sollen", begründet Dorbert seinen neuerlichen Vorstoß. Versäumnisse im Amt und Informationsdefizite gegenüber dem Rat durch Stumpf hätten sich angehäuft: „Über Jahre wird das Amt von ihm nicht so ausgeführt, wie eine pflichtgemäße Amtsführung es verlangt."

In Gesprächen mit den anderen Fraktionen will er jetzt für seine Initiative werben. Einer, der 2006 dem Verfahren noch skeptisch gegenüber stand, hat seine Meinung nun geändert. „Durch das Anbiedern bei mehreren Fraktionen als Bürgermeisterkandidat ist Stumpfs Status als Gutmensch durchlöchert", sagte Matthias Schäfer, Fraktionschef der CDU. Sichtlich genervt ging er am Dienstag von der VG-Sitzung nach Hause. „Man muss jetzt handeln, das kann man nicht mehr mit ansehen", befürwortet er persönlich inzwischen eine Abwahl. Ob dies seine Fraktion genauso bewertet, kann Schäfer aber noch nicht absehen: „Das müssen wir besprechen."

Nicht vorstellen kann sich SPD-Fraktionschef Thomas Glück, dass sich an der Haltung seiner Fraktion etwas ändert, die sich dem Begehren bisher verweigert. „Ein Abwahlverfahren ist nur denkbar, wenn alles andere nicht mehr funktionieren sollte", sagte er. „Es müssten massive Vorwürfe sein. Alleine die Tatsache, dass Stumpf in seinem Amt überfordert ist, rechtfertigt kein Abwahlverfahren." Dieses würde zudem „den Bürgerwillen konterkarieren", betont Glück, der dennoch zu Gesprächen mit Dorbert bereit ist. Christina Göth (Grüne) stellt klar, dass sie weiterhin statt der Abwahl ein anderes Modell bevorzugt. „Den Beigeordneten sollten Geschäftsbereiche zugeteilt werden." Auch sie sieht dringenden Handlungsbedarf: „So darf es nicht weitergehen."

Wieder anders könnte es bei der FWG aussehen. Fraktionschef Willi Kiesewetter jedenfalls hat die Hoffnung auf eine bessere Amtsführung Stumpfs aufgegeben. „Ich erwarte da nichts mehr." Das Thema Abwahl sei durch die lange Krankheit Stumpfs am Jahresanfang liegen geblieben, doch „seither hat sich nichts geändert". Die Freien Wähler werden im Verbandsvorstand ihre Haltung beraten.

Dorbert kennt die Bedenken besonders der großen Fraktionen, die fürchteten, in der Öffentlichkeit als Königsmörder dazustehen. „Die FDP wird keinen Bürgermeisterkandidaten stellen, also können alle gerne die Schuld auf mich schieben." (gus)

Im Detail

Das Abwahlverfahren

Das Verfahren zur vorzeitigen Abwahl eines hauptamtlichen Bürgermeisters durch die Bürger regelt Paragraf 55 der Gemeindeordnung. Die Hälfte der VG-Ratsmitglieder muss die Einleitung des Abwahlverfahrens beantragen, zwei Drittel aller Mitglieder des Gremiums müssen dem zustimmen. Für die eigentliche Abwahl durch die Bürger genügt zwar die einfache Mehrheit. Allerdings muss diese durch mindestens 30 Prozent der Wahlberechtigten der VG gestellt werden, so dass eine hohe Wahlbeteiligung notwendig wäre. (gus)